

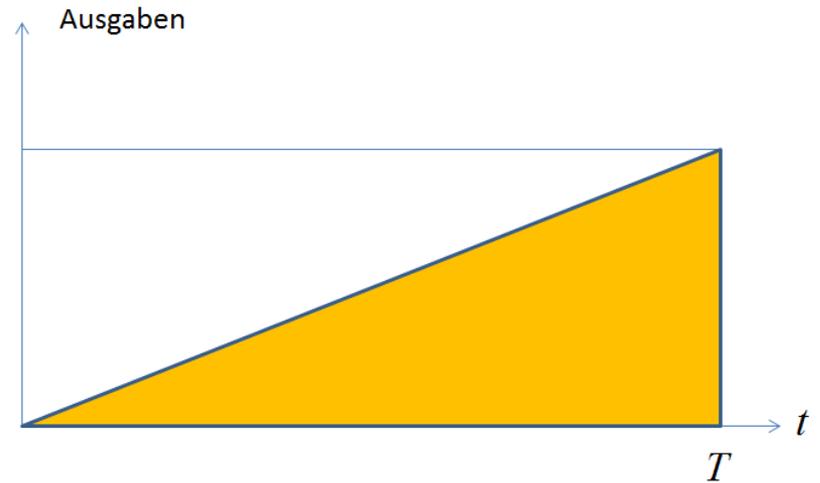
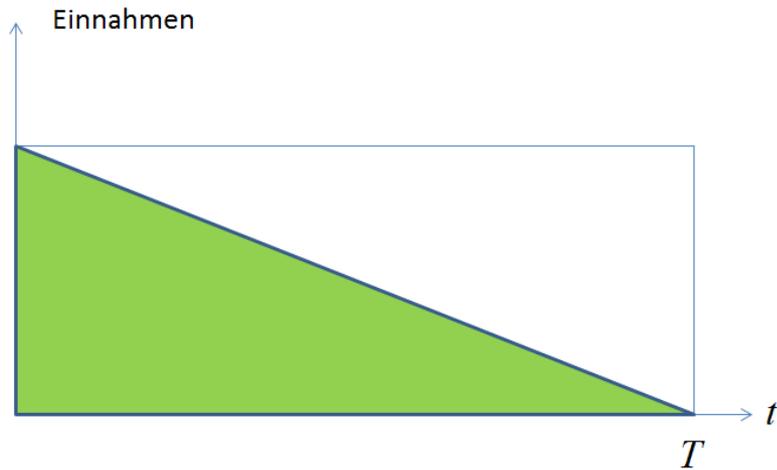
Aufgabe: Erläutern Sie, wie es trotz voll eingezahlter Rentenbeiträge und bekannter demographischer Entwicklung nur zu geringen Altersbezügen kommen kann und was die Politik dabei versäumt hat.

Lösung: →

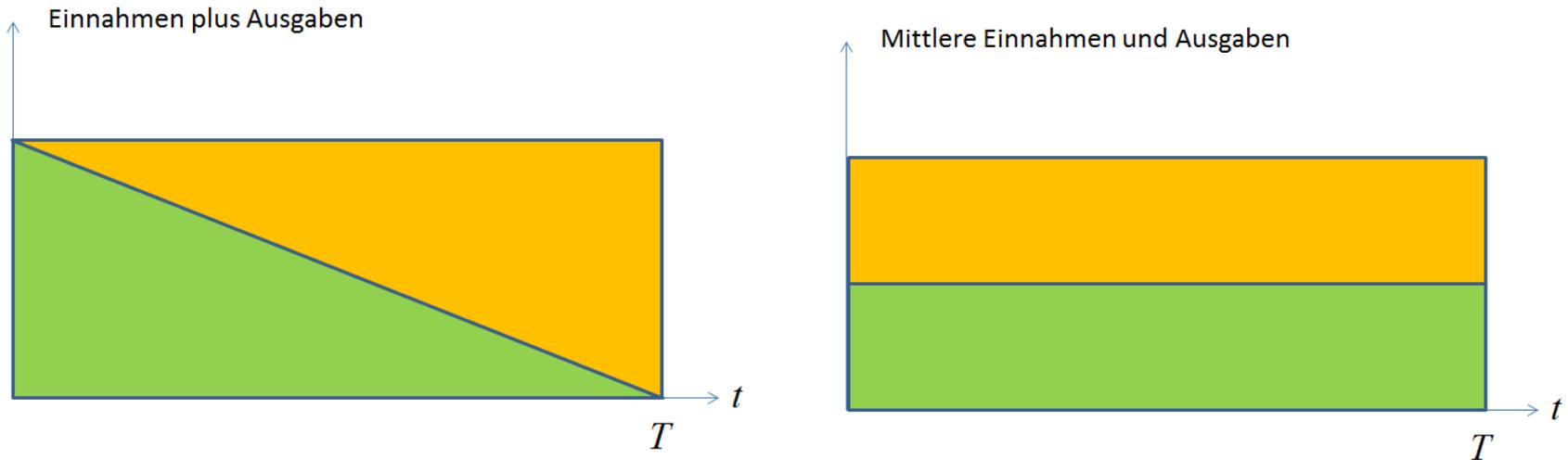
Vereinfachende Annahmen

1. Der betrachtete Zeitraum umfaßt mehrere Generationen.
2. Die Bevölkerungszahl bleibt trotz der demographischen Verschiebung über den betrachteten Zeitraum konstant.
3. Inflationsbedingte Effekte gibt es nicht, d.h. die Währung behält über den gesamten Zeitraum den gleichen Wert.
4. Die demographische Entwicklung ist erkennbar und vorhersagbar. Ihr Verlauf sei linear.
5. Die Betrachtung bezieht sich singular nur auf die Rentenversicherung, andere Einflüsse werden ignoriert.
6. Im Mittel arbeite jeder gleich lang, beziehe über die gleiche Zeit Rente und erreiche das gleiche Lebensalter.
7. Die Rentenbeiträge ändern sich über den Zeitraum nicht.

Beim Rentenproblem stehen sinkenden Einnahmen
wachsende Ausgaben gegenüber

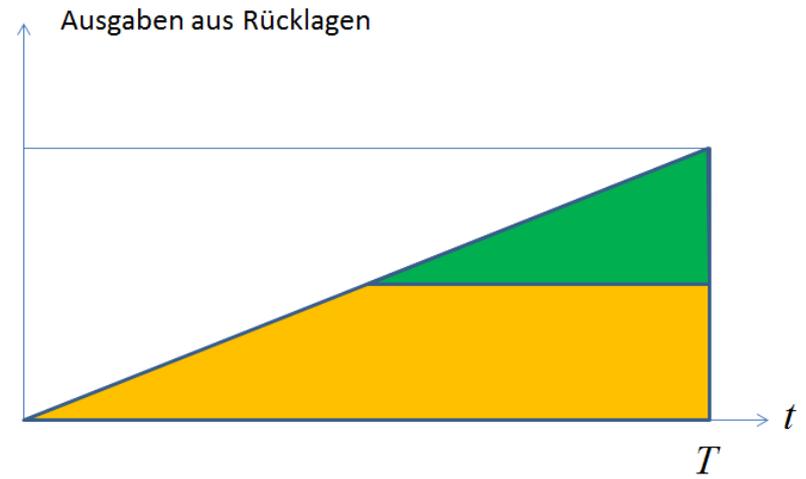
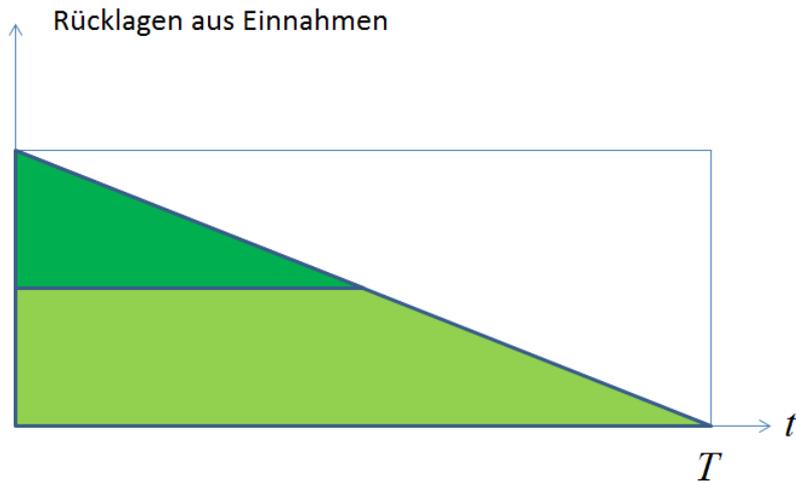


Die Summe aus Einnahmen und Ausgaben ist jedoch über den Zeitraum T hinweg konstant,



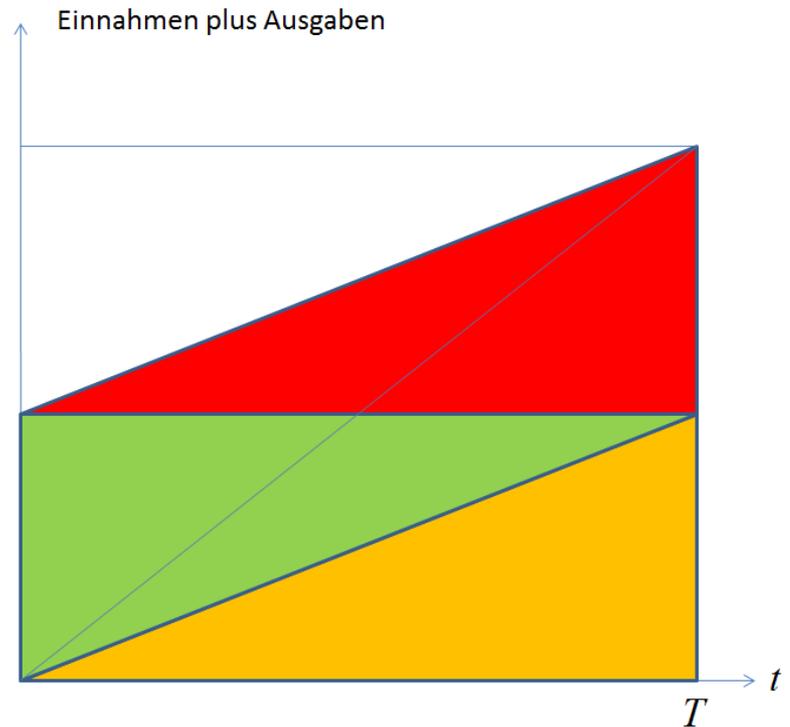
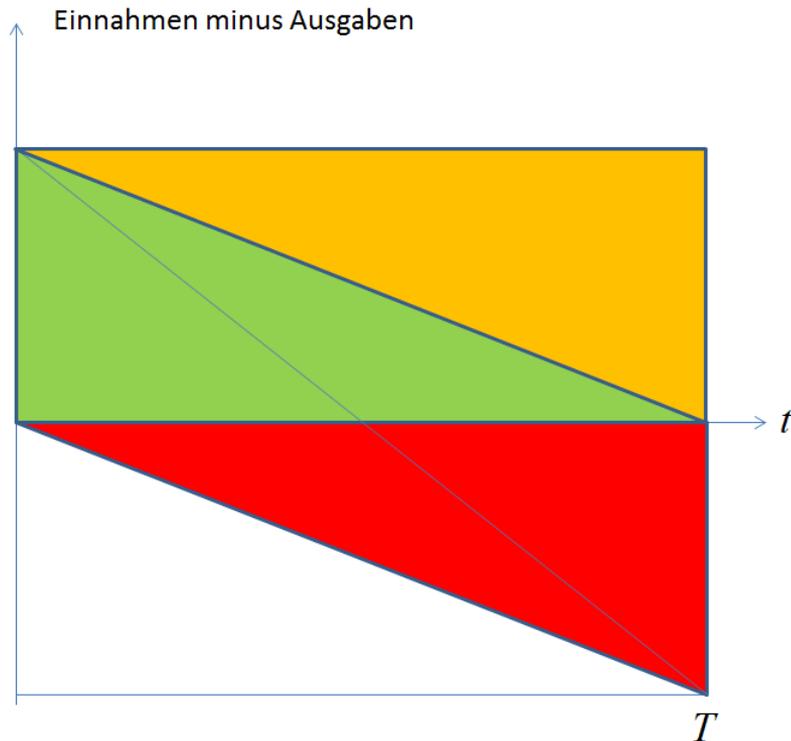
d.h. jeder bekommt im Alter wieder genau das zurück, was er im Laufe seines Arbeitslebens eingezahlt hat.

Mit den anfangs im Überschuß getätigten Einnahmen werden durch Währungsdeckung Rücklagen gebildet,



die später, wenn sie gebraucht werden, wieder als Geld in Umlauf gebracht werden können.

Wenn ein Staat seine Währung nicht deckt, hat er entweder die Möglichkeit der Staatsverschuldung (links)



oder er hat die Möglichkeit des Gelddrucks und damit die Gefahr einer Inflation (rechtes Bild).

Konsequenzen aus dem sich anbahnenden Rentendesaster

- Ein Staat, der die voraussehbare demographische und durchaus korrigierbare Entwicklung nicht durch die empfohlene Währungsdeckung abgesichert hat, hat den Generationenvertrag gebrochen, weil die kommende Generation von Rentnern ihre Beiträge ja weder um den Preis einer extrem hohen Staatsverschuldung entrichtet hat noch in der Absicht, gegen eine steigende Inflation ankämpfen zu müssen.
- Das Rückversicherungsprinzip, daß eine Währung gegen jede Art von Verlusten abgesichert sein muß, ist ein uraltes und bewährtes Wirtschaftsprinzip, gegen welches nicht unwissentlich verstoßen worden sein kann.
- Die extrem hohe Staatsverschuldung einerseits und die drohende Inflation andererseits können nur abgefangen werden, wenn die für die unterlassene Währungsdeckung ausgegebenen und zweckentfremdeten Gelder von denen, die das Geld zu unrecht empfangen haben, in voller Höhe zurückgezahlt werden, damit diejenigen, denen es abgeht, es als seine rechtmäßigen Besitzer in Empfang nehmen können.